

*Laila Noëmi Riedmiller*

## Konservative Sollbruchstellen?

### Geschlechterpolitische Allianzen und Abgrenzungsstrategien des gemäßigten und radikalen parteiförmigen Konservatismus in Deutschland

#### 1. Einleitung

Geschlechtervorstellungen im modernen Konservatismus sind aus politiktheoretischer Perspektive aus mehreren Gründen interessant. Erstens reklamieren sowohl die Christlich-Demokratische Union (CDU) und die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)<sup>1</sup> als auch die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte<sup>2</sup> Alternative für Deutschland (AfD)<sup>3</sup> den Konservatismusbegriff für sich. Die Forschung muss diese Selbstdarstellungen zugleich ernstnehmen und kritisch hinterfragen. Zweitens führt eine globale Allianz gemäßigt bis radikal<sup>4</sup> konservativer und extrem rechter Kräfte einen erbitterten Kulturkampf um Geschlecht und LGBTIQ\*.<sup>5</sup> Einige radikalkonservative AkteurInnen<sup>6</sup> verbinden dabei die vereinzelte Förderung von Frauen wie Alice Weidel und partielle Modernisierung mit der gleichzeitigen identitätspolitischen Betonung von Männlichkeit und dem Modell des Familienernährers und wehren gleichstellungspolitische Errungenschaften ab.<sup>7</sup> Drittens ist Feminismus heterogen: Zwar richtet er sich als emanzipatorische Bewegung auf die Befreiung von Gesellschaft und Individuum. Doch sind im Konservatismus durchaus gleichstellungspolitische Bestrebungen zu erkennen, die allerdings stärker familienorientiert sind. Zudem kommen Wegbereiterinnen der Geschlechtergleichstellung in der Bundesrepublik auch aus den Reihen der Union.<sup>8</sup> Angela Merkel etablierte Frauenförderungsprogramme und besetzte ihr Büro paritätisch;

1 Die Union ist ein Zusammenschluss. Beide Parteien sind auch christdemokratisch und liberal geprägt, vgl. Biebricher 2022, Wolkenstein 2022.

2 Vgl. LTO 2025, tagesschau 2025.

3 AfD 2016, S. 6.

4 Zur Unterscheidung von gemäßigtem und radikalem Konservatismus vgl. Biebricher 2023b, S. 26ff.

5 Biebricher 2022, S. 280f.; 2023b, S. 606ff.; Meiritz; Schäuble 2023.

6 Meine Verwendung geschlechtergerechter Sprache orientiert sich an den Akteuren. Bei selbsterklärt konservativen Personen gendere ich binär, ansonsten nutze ich die Astrix.

7 Vgl. Pangritz 2024, S. 127–131, Sauer 2020, Schaible 2025, ZEIT 2025a, 2025b.

8 Vgl. Kahlweit 1994, S. 123, Süßmuth 2025.

Ursula von der Leyen begründete die Frauenquote und den Mindestlohn gleichstellungspolitisch.<sup>9</sup> Wenn diese Maßnahmen feministisch sind, so wird die Frage nach einem möglichen konservativen Feminismus und dessen Verhältnis zu radikalkonservativen beziehungsweise extrem rechten Positionen und offenen Angriffen auf Gleichstellung relevant.<sup>10</sup>

Daher soll nachfolgend das gegenwärtige Verhältnis von parteiförmigem Konservatismus und Geschlecht in Deutschland ausgeleuchtet werden. Ich nehme dabei eine ideengeschichtliche Position ein und frage, ob sich anhand der inhaltlichen Positionen zu Geschlecht, Gleichberechtigung und geschlechtlicher Vielfalt das Verhältnis unterschiedlicher Konservatismen ausdifferenzieren lässt. Im Zentrum steht keine umfassende empirische Analyse von Parteiveröffentlichungen, sondern die theoretische Reflexion und Verhältnisbestimmung unterschiedlicher Konservatismen anhand ihrer Positionierung zu Geschlechterthemen.

Zunächst nehme ich einige konzeptionelle Klärungen und Kontextualisierungen vor, bevor ich exemplarisch die geschlechterpolitischen Positionen der beiden Unionsparteien und der AfD darstelle. Anschließend reflektiere ich diese Ergebnisse und zeige auf, dass sich die Radikalität rechter und konservativer Positionen nicht an einer prinzipiellen Ablehnung oder Befürwortung jedweder Gleichstellung festmachen lässt, sondern an deren normativer Begründung und der Art von Grenzziehungen gegenüber Normabweichung. Ich argumentiere, dass die Auseinandersetzung mit der Heterogenität konservativer Positionen zu Geschlecht zur Ausdifferenzierung unterschiedlicher Strömungen beiträgt und sich darüber Unterschiede und Schnittmengen zwischen gemäßigtem und radikalem Konservatismus sowie Verbindungen zu einer völkischen extremen Rechten herausarbeiten lassen.

## 2. Zur Erforschung von Konservatismus und Geschlechterverhältnis

### *Warum es ›den Konservatismus‹ nicht gibt*

Der politiktheoretisch und ideengeschichtlich geprägten Konservatismusforschung dient der Konservatismusbegriff als Sammelbegriff für eine hetero-

<sup>9</sup> Vgl. Mushaben 2018, von Wahl; Abels 2018.

<sup>10</sup> Feministische Forschung betont die extrem rechte Einschränkung weiblicher Selbstbestimmung, vgl. Goetz 2018, Hark; Villa 2015, Vinken 2001. Trotzdem sind moderne gleichstellungspolitische Elemente mit der Ideologie kompatibel, so diese der Einbindung von Frauen ins völkische Kollektiv dienen. Völkische Frauen traten etwa in Weimar und dem Nationalsozialismus aktiv für diese Einbindung ein, vgl. Lower 2014, Schöck-Quinteros; Streubel 2006; 2007. Die Erkenntnis, dass Frauen keine passiven Opfer (extrem) rechter Politik sind, bestimmt auch die feministische Rechtsextremismusforschung, vgl. Birsl 2011, Bitzan 2016, 1997, Krey; Bargetz 2024, Sircar 2021.

gene Ideologiefamilie, die sich konzeptionell nur schwer fassen lässt.<sup>11</sup> Der Begriff muss unterbestimmt bleiben, will er die Widersprüche und Pluralität konservativer Positionen nicht einseitig auflösen. Ich möchte daher in diesem Beitrag ein breites Begriffsverständnis zugrunde legen. Ein solches erscheint mir für das Vorhaben, jüngere ideologische Veränderungen des parteiförmigen Konservatismus in Deutschland nachzuzeichnen, zielführender.<sup>12</sup> Eine externe Definition »überzustülpen«<sup>13</sup> birgt methodische Probleme und suggeriert eine unzutreffende kategorielle Klarheit und Abgrenzbarkeit zu extrem rechten Positionen.

Radikalkonservative Ideologieelemente finden sich nämlich auch bei AkteurInnen wie der sogenannten *Neuen Rechten*<sup>14</sup> und der AfD<sup>15</sup>, die sich zugleich affirmativ und selbstverharmlosend auf den Konservatismusbegriff beziehen. Die politische Positionsbeschreibung »rechts« ist ebenfalls ein breiter Oberbegriff, der gemäßigte bis radikal konservative und rechts-extreme Positionen verbindet, wobei die Grenzen fließend sein können. Die Unterscheidung von rechts und links übernehme ich dabei von Norberto Bobbio,<sup>16</sup> demzufolge linke Positionen auf menschliche Gleichheit abzielen und rechtes Denken menschliche Ungleichheit und Hierarchien naturalisiert.

Zugleich ist Bobbios Minimalunterscheidung zur Beschreibung der ideologischen Heterogenität konservativer Positionen unzureichend. Mit Michael Freedens<sup>17</sup> morphologischem Ansatz verstehe ich daher Ideologien als (alltägliche) Form des politischen und normativen<sup>18</sup> Denkens, das sich durch jeweils typische Kernkonzepte auszeichnet. Ihm zufolge lassen sich Ideologien – im Unterschied zur (post-)marxistisch fundierten Ideologiekritik im Singular – nur in ihren pluralen Konstellationen und interdependenten Zusammenhang verstehen. Freedom<sup>19</sup> macht als konservative Kernelemente eine grundlegende Skepsis gegenüber Veränderungen, die Unterscheidung zwischen natürlichem und künstlichem Wandel, die Betonung einer

11 Vgl. Beyme 2013, Biebricher 2022, S. 18f., Greiffenhagen 1977, S. 27.

12 Vgl. hierzu ebd.: 13.

13 Vgl. Finkbeiner 2020, S. 17.

14 Vgl. Schilk 2024.

15 Dass die AfD in der Forschung sowohl als rechtspopulistisch, als auch als rechtsextrem oder völkisch bezeichnet wird (vgl. Claus 2020, S. 15, Havertz 2021, Önnfors; Krouwel 2021, Salzborn 2017, Sauer 2017), verweist auch auf die Schwierigkeit klarer Abgrenzungen zwischen Faschismus, Nationalismus, extremer Rechter und Konservatismus. Insgesamt werden in der Rechtsextremismusforschung Begriffe und Phänomene sehr uneinheitlich verstanden, vgl. Grimm 2018, Salzborn 2020, Virchow et al. 2016. Zugleich betrieb die Partei lange sehr erfolgreich diskursive Selbstverharmlosung (vgl. Bruns et al. 2018: 38).

16 Vgl. Bobbio 1994.

17 Vgl. Freedom 2003, 2006.

18 Vgl. hierzu Biebricher 2020.

19 Vgl. Freedom 2003, S. 88.

überindividuellen und überzeitlichen sozialen Ordnung und die Referenz auf Geschichte und Tradition aus. Zudem habe der Konservatismus die Tendenz, Kernkonzepte konkurrierender Ideologien, die als *mirror image* bezeichnet werden, aufzunehmen und anzupassen, zum Teil auch in ihr Gegenteil zu verkehren. So kommt es zu stetigen semantischen Veränderungen innerhalb eines konservativen ideologischen Rahmens. Deshalb sei Konservatismus gerade keine Ideologie des Status Quo.<sup>20</sup> Das konservative Paradox besteht darin, sich als moderne, diese Moderne aber kritisch betrachtende Ideologie der eigenen Normen erst in Reaktion auf Kontestation bewusst zu werden. Die stetige Reaktion auf veränderte Verhältnisse bedeutet einen strukturellen Wandel und Ausdifferenzierung der Ideologie selbst.<sup>21</sup>

Mit diesem Ansatz lassen sich ideologische Verschiebungen innerhalb des konservativen Denkens ohne Apologetik oder normative Abwehr beschreiben, weshalb er im deutschen Kontext zunehmend rezipiert wird. So adaptiert etwa Thomas Biebricher<sup>22</sup> den morphologischen Ansatz und stellt als ein Kernkonzept des Konservatismus die transzendente Begründung heraus, die er als *normative Natürlichkeit* erläutert, also als die Vorstellung, dass bestimmte Normen und Werte naturgegeben sind. Damit beschreibt er das grundsätzliche Angewiesensein konservativen Denkens auf unverfügbare »geschichtliche Urgründe«, die »nicht zur menschlichen Disposition stehen« – und dies innerhalb der konservativen Eigenlogik auch nicht können.<sup>23</sup> Das konservative Selbstbild, unideologisch dem gesunden Menschenverstand zu folgen, ist dementsprechend zu hinterfragen, insbesondere, wenn ein inhaltlich begründeter Wertkonservatismus vertreten wird. Zugleich ist auch Biebricher zufolge eine Definition des Konservatismus als lediglich »bewahrend« zu dünn. Er stellt dem substantiellen Kern der Berufung auf eine natürliche Ordnung eine prozedurale Dimension des Konservatismus gegenüber, die er »erfahrungsbasierten Inkrementalismus« nennt. Damit ist das Bemühen um eine möglichst langsame und schonende Veränderung von Institutionen oder Strukturen gemeint, um radikale Brüche oder gar Revolutionen zu verhindern.<sup>24</sup>

Wenn ich nachfolgend von Konservatismus spreche, meine ich also eine heterogene Ideologienfamilie, die im Sinne eines Ungleichheitsdenkens mit Norberto Bobbio gesprochen rechts ist und die sich in ihrer Heterogenität auf die Kernkonzepte Skepsis gegenüber Veränderungen, natürlicher versus

20 ders. 2006, S. 333ff; zu dessen methodischer Nutzbarmachung vgl. Adler-Bartels 2023.

21 Vgl. ders. 2022, S. 36ff., Finkbeiner 2020, Greiffenhagen 1977, S. 29–31.

22 Biebricher 2020, S. 150ff; 2022, S. 36, 2023b, S. 29.

23 ders. 2023b, S. 29.

24 Vgl. Beyme 2013, S. 273, Biebricher 2022, S. 17f., Freeden 2003, S. 87.

künstlicher Wandel, überindividuelle, überzeitliche soziale Ordnung, Relevanz von Geschichte und Tradition, normative Natürlichkeit einigen kann und zugleich in der Lage ist, Kernkonzepte konkurrierender Ideologien aufzunehmen und umzudeuten.

### *Das radikale Potential des Konservatismus*

Das Verhältnis zum Liberalismus als zentralem *mirror image* ist konstitutiv für den Konservatismus. Gerade hier unterscheiden sich gemäßigte und radikalkonservative Positionen, da die Aufnahme liberaler Elemente ins konservative Denken zur intensiven radikalkonservativen Selbstproblematisierung führte.<sup>25</sup> Der bundesrepublikanische Konservatismus nach 1945 erfand sich ebenso wie die Christdemokratie auch durch die Affirmation liberaler Elemente neu.<sup>26</sup> Demgegenüber entwickelte sich die sogenannte »Neue Rechte« als dezidiert antilibérale und antiparlamentarische Strömung unter Bezugnahme auf antilibérale Autoren der Zwischenkriegszeit.<sup>27</sup>

Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen<sup>28</sup> bestehen nicht nur im Verhältnis zum Liberalismus. So geht es im konservativen Denken üblicherweise um den Erhalt von Ordnung und der Staat gilt als eine zu sichernde Ordnungsmacht. Dieser kann allerdings mit zunehmender Radikalität auch zum Gegner werden und es wird offen von der Notwendigkeit gesprochen, bestehende Strukturen zerstören zu müssen, um eine neue Ordnung aufzubauen.<sup>29</sup> Ferner ist das Menschenbild im Konservatismus tendenziell negativ, der Masse gegenüber kritisch und elitenorientiert,<sup>30</sup> während im Faschismus Geniekult und Selbstüberhöhung mit der Abwertung Anderer und einem Fokus auf die Masse einhergehen.<sup>31</sup>

Diese Unterschiede sollten jedoch nicht über das dem Konservatismus innewohnende radikale Potential hinwegtäuschen.<sup>32</sup> Er trug historisch betrachtet meist die Verantwortung für die kooperative Machtübergabe

25 Vgl. Beyme 2013, S. 327, Biebricher 2022, S. 327.

26 Vgl. Finkbeiner 2020, S. 9, Breuer 2021, Steber 2017, Wolkenstein 2022.

27 Den zeitgleichen intellektuellen Austausch zwischen extrem rechtem und konservativem Denken in der Bundesrepublik haben jüngst Felix Schilk (2024) und Maik Tändler (2025) nachgezeichnet.

28 Vgl. Adler-Bartels 2018, 2025.

29 Vgl. Paxton 2005, S. 97f.

30 Vgl. Lenk 1994, S. 122f.

31 Vgl. Beyme 2013, S. 209.

32 Vgl. Adler-Bartels 2023, S. 208, Kemper 2011, Strobl 2021. Strobl versteht radikalisierten Konservatismus länderübergreifend. Gerade dem Konservatismus ist allerdings an nationalen und länderspezifischen Ansätzen gelegen, vgl. Beyme 2013, S. 9.

an faschistische Parteien,<sup>33</sup> ist für Nationalismus empfänglich<sup>34</sup> und schließlich stellen Ideen wie die *Konservative Revolution* klare Grenzziehungen infrage.<sup>35</sup> Der Konservatismus teilt trotz des Selbstbildes konservativer Parteien, Teil einer gesellschaftlichen Mitte zu sein,<sup>36</sup> mit rechten Positionen ein Ungleichheitsdenken,<sup>37</sup> das Krisen- und Dekadenznarrative wie die Idee eines gesellschaftlichen Niedergangs aufgrund zu starker Individualisierung und die Rechtfertigung von Hierarchien begründet. Das Postulat einer Nähe von Konservatismus und Reaktion ist daher keine normative Wertung, sondern eine ideengeschichtlich begründete Verhältnisbeschreibung.<sup>38</sup>

### *Das Verhältnis von Konservatismus und Geschlecht als Forschungsdesiderat*

Ich möchte mich in den folgenden Abschnitten mit dem Verhältnis von Konservatismus und Geschlecht auseinandersetzen. Forschung an dieser Schnittstelle ist nach wie vor selten, auch wenn Geschlechterfragen in Arbeiten zum Konservatismus durchaus systematisch einbezogen werden.<sup>39</sup> Ein Fokus liegt dabei häufig auf der vergleichenden Beschäftigung mit Fragen der politischen Repräsentation von Frauen und die häufig prekäre Stellung weiblicher (Unions-)Politikerinnen.<sup>40</sup> Teils existieren historische Arbeiten zu (radikal-)konservativen und katholischen Frauenverbänden.<sup>41</sup> Eine explizite Befassung mit dem Verhältnis von Konservatismus und Feminismus im deutschsprachigen Raum ist hingegen selten.<sup>42</sup> In der Rechtsextremismus- und Rechtspopulismusforschung wird vereinzelt Männlichkeit berücksichtigt, ohne allerdings Konservatismus analytisch auszudifferenzieren.<sup>43</sup> Hier besteht das Risiko begrifflicher Unschärfen, werden extrem rechte, rechtsautoritäre und rechtspopulistische AkteurInnen und ihre Geschlechterpolitiken ohne weitere Erklärung als radikal- oder rechtskonservativ bezeichnet.<sup>44</sup> Eine solche Charakterisierung ist nicht unhaltbar, sollte aber expliziert werden.

33 Vgl. Paxton 2005, S. 98.

34 Vgl. Beyme 2013, S. 7, 13.

35 Vgl. ebd., S. 232ff., Pankakoski 2022.

36 Vgl. Biebricher 2022, S. 8, Lenk 1994, S. 10–13.

37 Vgl. Bobbio 1994.

38 Vgl. Schilk 2024.

39 Vgl. Beyme 2013, Breuer 2021, Müller 2007.

40 Vgl. Holtz-Bacha; König-Reiling 2007, Holz 2004, Kahlweit 1994, Kürschner 2009, Meyer 1997, Morgenstern 2022, Schöler 1994.

41 Vgl. Illemann 2016, Schöck-Quinteros; Streubel 2007, Streubel 2006.

42 Vgl. bspw. Heinsohn 2010, Gravenhorst 1985, Osterland 1985, Wiliarty 2010.

43 Vgl. Claus et.al. 2011, Höhne 2023, Sauer 2017.

44 Vgl. bspw. Krey; Bargetz 2022.

Insbesondere die feministische Rechtsextremismusforschung stellt die Einigkeit darüber, dass Zweigeschlechtlichkeit eine natürliche Tatsache sei, sowie das Ideal der heterosexuellen cisgeschlechtlichen Kleinfamilie mit Kind(ern) als zentrale Bezugspunkte rechter Ideologien heraus. Diese finden sich, wie ich weiter unten zeigen werde, auch in den Grundsatzprogrammen der Unionsparteien und der AfD. Die Auseinandersetzung mit den darin enthaltenen Geschlechtervorstellungen hilft, so möchte ich argumentieren, das Verhältnis zwischen unterschiedlichen rechten Strömungen, Strategien und Selbstverharmlosungen, auszudifferenzieren. Zu diesen gehört, auch wenn dies zunächst widersprüchlich schein mag, auch eine konservative Gleichstellungspolitik, die mitunter als konservativer Feminismus bezeichnet wird.

### ***Konservativer Feminismus: Zwischen Modernisierungstendenzen und Naturalisierung***

Die Untererforschung des Verhältnisses von Konservatismus und Geschlecht zeigt sich auch beim Thema Konservativer Feminismus. Da Konservatismus gesellschaftliche Ungleichheit grundsätzlich akzeptiert, während Feminismus »individuelle Selbstbestimmung, Gleichheit, Verbundenheit (Relationalität) und demokratische Partizipation«<sup>45</sup> fordert, also in erster Linie sozialliberale und gleichheitsorientierte Ziele verfolgt, überrascht diese Marginalisierung nicht. So erhält Konservatismus in Handbüchern zu Feminismus und Geschlechtergleichstellung selten ein eigenes Kapitel.<sup>46</sup> Konservativer Feminismus ist durch Gleichstellungsabsichten in Beruf und Politik geprägt, die von einer grundsätzlichen binären Geschlechterdifferenz ausgehen.<sup>47</sup> Die oft biologistische oder essentialistische Argumentation hebt dabei Weiblichkeit positiv hervor – Sieglinde Rosenberger<sup>48</sup> spricht von einer »Ästhetisierung des Frauseins«. Die Idee der Hausfrau und Mutter wird zunehmend um eine Orientierung auf berufliche Chancengleichheit und weibliche Repräsentation ergänzt.<sup>49</sup> Ob Frauen Mütter, Karrierefrauen oder beides sein möchten, gilt als Wahlfreiheit. Die Familie hat entsprechend konservativer Gesellschaftsvorstellungen eine herausgehobene Position, weshalb im Unterschied zu stärker auf das Individuum fokussierten Feminismen konservativer Femi-

45 Lenz 2019, S. 232.

46 Im Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung etwa ist zwar im Artikel von Ilse Lenz (2019, S. 236) kurz von konservativem Feminismus die Rede, im Unterschied zum liberalen und sozialistischen Feminismus ist dieser Absatz aber sehr kurz und nicht mit weiterer Literatur belegt.

47 Vgl. Lenz 2018.

48 Rosenberger 1996, S. 206ff.

49 Vgl. Lenz 2019, S. 236.

nismus häufig mit einer starken Familienförderung einhergeht,<sup>50</sup> um Frauen die Wahl zwischen Karriere, Mutterschaft oder beidem zu ermöglichen. Dies kritisieren andere Feminismen<sup>51</sup> und betonen, dass die gesellschaftlichen Strukturen keine tatsächliche Wahlfreiheit ermöglichen und Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft vertraglich dem Mann unterworfen und durch ihren Verzicht auf Lohn von diesem abhängig sind.<sup>52</sup> Für Astrid Osterland<sup>53</sup> sind konservativ-feministische »restaurative Bestrebungen« daher ein Rückschritt. Die konservative Betonung angeblich natürlicher Unterschiede in Verbindung mit einer biologistisch geprägten Aufwertung von Mutterschaft verhinderten reale Emanzipation, da weiblich konnotierte Verhaltensweisen ihrem Verständnis nach auf »politische Ohnmacht und die damit einhergehende, bis heute andauernde Verpflichtung auf die Belange der privaten und häuslichen Sphäre« zurückzuführen seien.<sup>54</sup> Lerke Gravenhorst<sup>55</sup> sieht in der Akzeptanz geschlechtsspezifischer Unterschiede bereits eine Übernahme patriarchaler Rahmenbedingungen durch Frauen und damit eine Unterordnung unter männliche Macht. Wird Geschlecht im konservativen Feminismus also als binär naturalisiert, so entspricht dies zwar dem Bedürfnis nach überindividuell begründbaren Ordnungsprinzipien und *normativer Natürlichkeit*. Zugleich zeigt sich, wie die folgende Auseinandersetzung mit den GSP von CDU, CSU und AfD deutlich macht, gerade an dieser Stelle das Einfallstor für autoritäre und queerfeindliche Positionen, da trans und nichtbinäre Menschen die binäre Geschlechternorm explizit herausfordern und individuelle Rechte etwa auf Schwangerschaftsabbruch mit einer Betonung von Kollektivinteressen abgewehrt werden können.

### 3. Geschlechtervorstellungen von CDU, CSU und AfD

Das Verhältnis von Konservatismus und Geschlecht anhand der Grundsatzprogramme (GSP) dreier Parteien auszuloten, ist selbstverständlich Einschränkungen unterworfen. Weder erschöpft sich Konservatismus als politische Ideologie in seiner organisierten Parteiförmigkeit<sup>56</sup>, noch sind Absichtserklärungen politischer Parteien und ihre tatsächliche Praxis deckungsgleich. Doch sind Parteien, wenn nicht die einzigen, so doch zentrale Akteure konservativer Selbstverständigung und GSP dafür zentrale

50 Vgl. Osterland 1985, S. 75.

51 Prominent Pateman 1988.

52 Gravenhorst 1985, S. 82.

53 Ebd., S. 75f.

54 ebd., S. 78.

55 Ebd., S. 81f.

56 Vgl. Biebricher 2022: 13, 19.

Dokumente. So sind sie das Ergebnis eines langen und von Moderation begleiteten internen Verständigungsprozesses, aus denen sich das politische Selbstverständnis der Gesamtparteien ergibt und die das Handeln ihrer Mitglieder legitimieren sollen.<sup>57</sup> Daher eignen sie sich zur Untersuchung gesamtparteilicher Positionen und ermöglichen die Nachverfolgung inhaltlicher Verschiebungen über einen längeren Zeitraum.

Es werden die Unionsparteien und die AfD untersucht, da diese für sich beanspruchen, den Konservatismus in Deutschland politisch zu vertreten, auch wenn keine der Parteien ihrem Selbstverständnis nach ausschließlich konservativ ist. Die Union betont ihre christlich-liberale Prägung,<sup>58</sup> will sich aber immer mehr als die konservative Stimme Deutschlands profilieren, gerade angesichts der Wahlerfolge der extrem rechten AfD, die als ernstzunehmende Gegenspielerin der Union auf diesem Feld betrachtet werden muss.<sup>59</sup> Auch ist die religiöse Dimension des Altkonservatismus, dessen Reste sich in modernen konservativen Parteien häufig christdemokratisch ausdrücken, nie ganz verschwunden.<sup>60</sup> Die Existenz konservativer Vorstellungen innerhalb der Christdemokratie sollte nicht zu ihrer pauschalen Gleichsetzung mit der extremen Rechten verleiten. Doch sollten diese Vorstellungen und gerade auch die ideologisch damit verbundenen Ungleichheitsvorstellungen als mögliche Einfallstore für eine Radikalisierung benannt und berücksichtigt werden. Gerade aufgrund der fließenden Übergänge und gemeinsamen ideologischen Kernelemente muss sich ein gemäßigter Konservatismus mit dem radikalen Erbe des Konservatismus und seinem Verhältnis zur extremen Rechten auseinandersetzen. Zentral für konservative Selbstpositionierungen bezüglich Gleichstellung, Feminismus und Queerness ist, so argumentiere ich, die Nähe beziehungsweise Ferne zum liberalen Denken und dabei insbesondere die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Kollektiv. Denn während die extreme Rechte das Kollektiv grundsätzlich vor dem Individuum priorisiert, hat sich der gemäßigte Konservatismus für Individualrechte geöffnet.

Wenn in diesem Abschnitt exemplarisch auf die GSP von CDU, CSU und AfD und die darin formulierten Geschlechtervorstellungen eingegangen wird, so ist damit nicht der Anspruch verbunden, eine vollständige Geschichte bundesrepublikanisch-konservativer Geschlechtervorstellungen

57 Ickes 2008, S. 18ff, Klingemann, Volkens 2001, S. 513.

58 Vgl. CDU 2007, S. 2; 2024, S. 12, CSU 2023, S. 14, dazu einschlägig Steber 2017, S. 319.

59 Vgl. Biebricher 2022, S. 10. Innerhalb der CDU besteht ein Konflikt um die genaue Ausrichtung, der sich jüngst in der Gründung der Initiative CompassMitte zeigte.

60 Zu Spannungen der Christdemokratie vgl. Wolkenstein 2022. Im deutschsprachigen Raum war eine gemeinsame religiöse Rechtfertigung aufgrund der konfessionellen Spannungen schwierig, weshalb diese häufig gegenüber methodologischer Kritik am Liberalismus zurückstand, vgl. Mannheim 1984, S. 166. Zum Konservatismus der CDU siehe Wolkenstein 2025.

zu schreiben oder eine umfassende empirische Studie vorzulegen. Vielmehr möchte ich das Verhältnis von Konservatismus und Geschlecht an diesem Beispiel reflektieren.

Die CDU verabschiedete 2007 unter Angela Merkel und 2024 unter Friedrich Merz ein GSP. Letzteres wurde breit erwartet, da anzunehmen war, dass sich hier ein bereits in den vorherigen Jahren deutlich gewordener Kurswechsel insbesondere im Bereich der (Markt-)Liberalisierung sowie eine zunehmend kulturkämpferische Rhetorik abzeichnen würden.<sup>61</sup> Die CSU verabschiedete seit 2007 drei Programme, 2007 unter Edmund Stoiber, 2016 unter Horst Seehofer und 2023 unter Markus Söder. Die AfD verabschiedete 2016 ein GSP.<sup>62</sup> Mich interessieren sowohl der Vergleich zwischen den Parteien als auch die Veränderung parteipolitischer Positionen auf Seiten der CDU und CSU seit 2007. Diese diachrone Betrachtung bietet sich an, da sich eine zunehmend polemische Agitation der CDU/CSU gegen trans und nichtbinäre Personen<sup>63</sup> feststellen lässt – bei gleichzeitiger Öffnung für binäre Gleichstellungspolitik. Dies verläuft parallel zu einerseits der Entstehung der AfD, aber andererseits auch der gesellschaftlichen Liberalisierung etwa durch die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare. Indem ich die GSP der CDU und CSU seit 2007 sowie das der AfD von 2016 berücksichtige, möchte ich sowohl den von Freedén benannten semantischen Wandel und inhaltliche Verschiebungen im konservativen Selbstverständnis der Unionsparteien herausarbeiten als auch diese mit dem Auftreten der AfD als Konkurrentin um Wähler\*innen und politische Positionen in Bezug setzen.

Ich nehme zu diesem Zweck die Themen Geschlechtergleichstellung, Familienpolitik, Körperliche Selbstbestimmung und Gewaltschutz sowie Heteronormativität und LGBTIQA\* in den Blick. In diesen Bereichen zeigt sich besonders gut, inwieweit die oben genannten zentralen Bezugspunkte konservativer Geschlechtervorstellungen – die als natürlich verstandene Zweigeschlechtlichkeit und die heterosexuelle Kleinfamilie – gegenüber gesellschaftspolitischen Öffnungen verteidigt werden. Ferner leiten sich die Themen aus den bereits dargelegten konservativen Kernelementen, insbesondere dem Bezug auf eine überindividuelle Ordnung, dem Verhältnis von Individuum und Kollektiv; sowie dem Ungleichheitsdenken, ab: Geschlechtergleichstellung als Individualrecht steht potenziell im Konflikt mit dem Kollektiv, auch körperliche Selbstbestimmung und Gewaltschutz betonen das Individuum. Die Familienpolitik orientiert sich an einer konservativen

61 Vgl. Biebricher 2023a.

62 Dieses wurde 2020 um ein Positionspapier zur Sozialpolitik ergänzt, das aber nicht den Status eines GSP hat und deshalb nachfolgend nicht berücksichtigt wird.

63 In meiner Schreibweise orientiere ich mich an den üblichen Selbstbezeichnungen von trans und nichtbinären Personen.

Idee der Familie als Keimzelle des Volks und erfordert klare Rollenverteilungen. Queere und nicht-heterosexuelle Menschen widersprechen hingegen der Idee klarer, ungleicher Geschlechterkategorien und haben das Potential, konservative Ordnungsvorstellungen zu stören.

### *Geschlechtergleichstellung*

Unter Angela Merkel hat sich die Union trotz interner Spannungen im Bereich der Sozial- und Familienpolitik liberalisiert.<sup>64</sup> Dies wird auch im GSP von 2007 deutlich, das sich an verschiedenen Stellen für Geschlechtergleichstellung ausspricht (12, 48, 74) und »die spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen, die Frauen einbringen«, berücksichtigen möchte (12). Im GSP von 2024 fällt die Betonung geschlechtsspezifischer, insbesondere weiblicher Perspektiven weg. Dafür wird die Gleichstellung der Geschlechter bei der Behauptung einer »Leitkultur« (31f.) hervorgehoben (32). Die Betonung der Gleichstellung gerade im Absatz zur »deutschen Kultur« (24) und der überwiegenden Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft verweist auf ein kulturkämpferisches Moment der Mobilisierung von Gleichstellungsthemen. Dass die Diskussion um geschlechtergerechte Sprache auch an der CDU nicht spurlos vorübergegangen ist, zeigt aber die binär geschlechtergerechte Sprache im Programm von 2024.

Als Schwesterpartei der CDU versteht sich auch die CSU als christsozial, wertkonservativ und liberal inspiriert.<sup>65</sup> Im GSP von 2007 nehmen geschlechtsspezifische Passagen wenig Raum ein. Die Betonung weiblicher Perspektiven etwa findet sich hier nicht, auch wenn Gleichberechtigung wiederholt als Teil des Wertfundamentes genannt wird (42, 67, 73, 78ff., 95). Die einzige explizite Nennung von Frauen und Mädchen als gesonderter Gruppe findet hier im Kontext Integration statt. Patriarchale Unterdrückung wird dabei externalisiert, migrantischen Familien und »Parallelgesellschaften« (148) zugeschrieben. Da im gleichen GSP eine Auseinandersetzung mit der realen gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen unterbleibt, erscheint dieser Zugriff auf Frauenrechte insbesondere im Vergleich mit dem Programm der CDU aus 2007 instrumentell. Diese Externalisierung von offener Misogynie setzt sich im GSP von 2016 fort (13–15). Es wird nun aber auch die explizite Beseitigung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten wie des Gender Pay Gap angestrebt (23). Im GSP von 2023 wird die Auseinandersetzung mit Frauenrechten und Gleichstellung insbesondere in der Berufswelt intensiviert (64f.); zugleich findet weiterhin eine kulturkämpferische Abgrenzung gegenüber fundamentalistisch-islamischer

64 Vgl. Biebricher 2022, S. 225–28.

65 Vgl. CSU 2007, S. 1; 2016, S. 1; 2023, S. 10, 15, 18.

Einstellungen statt, wobei von eingewanderten Menschen eine einseitige Integrationsleistung gefordert wird (75). Wie die CDU nutzt auch die CSU 2023 erstmals binär geschlechtergerechte Sprache.

Im GSP der AfD von 2016 wird die mit der Radikalität der Partei verbundene Abwehr liberaler Prinzipien deutlich. So wird zwar im ersten Satz der Präambel (6) auch der Liberalismus beansprucht; der Freiheitsbegriff zielt aber nicht auf individuelle Entfaltung. Vielmehr betont die Partei die Freiheit von Personen und Gruppen, die zum »Volk« gezählt werden, im Unterschied zu jenen, die sie davon ausschließt. Sie legt eine exklusivistische, kollektive Identität zugrunde, mit der das »deutsche Volk« von einer elitären »politischen Klasse« (9, 13) unterschieden wird. Besonders deutlich ist dies beim Thema Geschlecht, bei dem sich die AfD inhaltlich stark von CDU und CSU unterscheidet: Die Förderung weiblicher Erwerbstätigkeit etwa wird als »falsch verstandener Feminismus« abgewehrt (41).

### *Familienpolitik*

Die CDU stellt 2007 Gleichstellungs- und Familienpolitik in einen engen Zusammenhang, da die Familie als »Fundament der Gesellschaft« (11) gilt. Die sinkende Geburtenrate sei eine generationenübergreifende Herausforderung (11); die Familie gilt als Verantwortungsgemeinschaft mit einer gewissen Wahlfreiheit, das heißt, es wird Familien selbst überlassen, wie sie sich zusammensetzen, ob sie sich für Kinder entscheiden oder nicht (11, 25). Auch 2024 spielen Familien als »Keimzelle der Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt« (34) eine zentrale Rolle.

Die CSU betont 2007 ebenfalls Ehe und Familie. Ist die Familie »das fundamentale Band zwischen den Menschen, auf das Nation und Staat aufbauen« (72), so sei die (heterosexuelle) Ehe als lebenslange »Verantwortungsgemeinschaft von Mann und Frau« deren ideale und gesamtgesellschaftlich zu schützende Form (75, 146). 2016 wird die Familie als »Ursprung jeder Gemeinschaft« verstanden, wobei die heterosexuelle Kleinfamilie als Mehrheitsmodell vermittelt werden müsse (9). 2023 wird die Familie als »Keimzelle der Gesellschaft« und zu vermittelnde Norm beschrieben (22). Das GSP von 2023 zielt auf eine Anerkennung von Care-Tätigkeiten, indem etwa die Mütterrente gefordert und die aus reproduktiven Tätigkeiten und einer geringeren Teilhabe am Arbeitsmarkt hervorgehende Altersarmut als spezifisch weibliche Herausforderung benannt wird (23–25, 65f).

Beim Familienbild der AfD wird der kollektivistische und völkische Bezugsrahmen deutlich. So wird die »traditionelle Familie«, in der »Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder« sorgen (41), als Leitbild positioniert und Medien pauschal vorgeworfen, Kinder

»als karrierehemmender Ballast« (37) darzustellen. Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen wird als neue politische Norm behauptet und abgelehnt, da eine außerfamiliäre Betreuung angeblich die Gesundheit von Kindern gefährde (43f). Die niedrige Geburtenrate sei eine »demografische[...] Fehlentwicklung«, die zum Zusammenbruch der Sozialsysteme führen werde. Nötige umfassende Reformen dienten daher dem »Wohle Deutschlands« (37). Auch der AfD gelten Ehe und Familie »als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft«, die »den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt« garantieren (40). Im Gegensatz zu CDU und CSU sieht die Partei aber eine »aktivierende [...] Familienpolitik« als »mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung« zur Steigerung der »Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung« (41) und begreift die Erfüllung des Kinderwunsches so nicht als individuelles Glück, sondern »zentrale politische Aufgabe« (42). Geschlechterpolitik wird also über ein Kollektivinteresse gerechtfertigt.

### *Körperliche Selbstbestimmung und Gewaltschutz*

In der christdemokratischen Argumentation ergibt sich der Schutz des ungeborenen Lebens aus dem christlichen Menschenbild. Dementsprechend will man sich im CDU-Programm von 2007 mit als hoch wahrgenommenen Abtreibungszahlen nicht abfinden und »Frauen und Männern dabei helfen, sich für das Leben zu entscheiden« (73). Eine besondere Berücksichtigung der Bedarfe (ungewollt) schwangerer Personen findet nicht statt. 2024 wird die geltende Rechtslage bekräftigt, wobei sowohl »das Selbstbestimmungsrecht der Frau« als auch der »Schutz des ungeborenen Kindes« als notwendig anerkannt werden (36).

Die CSU beschreibt Schwangerschaftsabbrüche im GSP von 2007 als »Tötung«; der Rechtsstaat müsse das Leben schützen und fördern, Abtreibungszahlen reduzieren und Eltern helfen, sich für ein Kind zu entscheiden (30). Dass Schwangerschaft auch das Leben der Schwangeren betrifft, wird ausgeblendet. 2016 wird die Position ausdifferenziert und auch die Unterstützung Schwangerer in Konfliktsituationen als Ziel formuliert (10). 2023 positioniert sich die CSU als »Partei des Lebensschutzes«, bewertet aber die §§ 218 und 218a als »ausgewogene[n] Kompromiss zwischen dem Lebensschutz und der Selbstbestimmung der Frau« (16).

Für die AfD sind Schwangerschaftsabbrüche aus bevölkerungspolitischer Perspektive abzulehnen: Die Partei rechnet sozialdarwinistisch vor, wie viele gut gebildete Frauen kinderlos bleiben (41) und kontrastiert Abtreibungen mit einer angeblich hohen Geburtenrate von Migrant\*innen (42). Schwangerschaftsabbrüche ohne »medizinische oder kriminologische Indikation« lehnt die Partei daher pauschal ab; eine Konfliktberatung diene vor allem

dem »Schutz des ungeborenen Lebens«, weshalb kein individuelles Recht der Schwangeren auf Abbruch bestünde (44).

Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit Gewaltprävention im Kontext von Misogynie findet im CDU-GSP 2007 nicht statt. 2024 wird der Schutz der Opfer häuslicher Gewalt, »vor allem Frauen und Kinder«, betont und Prostitution problematisiert (18). Im Kontext des religiösen Extremismus in Gestalt des Islamismus wird kulturkämpferische Rhetorik erneut mit einem Hinweis auf Frauenrechte verbunden (22).

Von der CSU wird Gewaltprävention erstmals 2023 benannt, insbesondere in der Öffentlichkeit verortet und mit der Forderung nach mehr Sicherheitskräften und Polizei verbunden (81). Von Schutz vor häuslicher Gewalt ist in keinem der GSP die Rede.

Individualrechte von Frauen sind für die AfD generell kein Thema: Im Gegensatz zu CDU und CSU, die die besonderen Bedarfe alleinerziehender Eltern betonen, wendet sie sich gegen die angeblich flächendeckende Propagierung von »Einelternfamilien als fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf« und fordert staatliche Hilfen, um »das Zusammenleben von Vater, Mutter und Kindern [...] in Krisensituationen« zu stärken (44). Um Geschlechtergerechtigkeit geht es im Programm nur an Stellen, wo sie – im Unterschied zu den Unionsparteien pauschalisierend – gegen »den Islam« in Stellung gebracht werden kann (50).

### *Heteronormativität und LGBTIQA\**

Im CDU-GSP von 2007 dominiert eine grundsätzlich binäre, heteronormative Ausrichtung, die die Ehe als »Gemeinschaft von Mann und Frau« mit und ohne Kinder als Verantwortungsgemeinschaft hervorhebt und ihren grundgesetzlichen Schutz betont (25). Nicht Kinder begründen den Schutzbedarf einer Lebensgemeinschaft, sondern die heterosexuell-binäre Lebensentscheidung füreinander (26ff, 30f), auch wenn Kinder eine zentrale Rolle spielen und Familienförderung auf sie ausgerichtet ist. Trotz der expliziten Ablehnung von Diskriminierung werden die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der heterosexuellen Ehe und ein Adoptionsrecht ausdrücklich abgewehrt (27f). Queere Lebensentwürfe werden also bereits als binäre, gleichgeschlechtliche Beziehungen gegenüber heterosexuellen Beziehungen abgewertet.<sup>66</sup> Auf die Legalisierung der Ehe für homosexuelle Menschen musste die Partei reagieren. Daher wurde 2024 das Bekenntnis zum »Leitbild von Ehe und Familie« und zur »Ehe als rechtlich verbindliche und auf Dauer angelegte Verbindung zweier Menschen, die unter dem besonderen Schutz des

66 Auch daran zeigt sich, gegen welche Widerstände sich der Flügel unter Angela Merkel parteiintern bei der Zustimmung einer Legalisierung der Gleichgeschlechtlichen Ehe 2017 durchsetzte, vgl. Mangold 2018.

Grundgesetzes steht«, (34) auf gleichgeschlechtliche Ehen ausgeweitet. Die Gleichstellungsbestrebungen der Partei haben allerdings weiterhin enge Grenzen: Die dort formulierte Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen, die Anerkennung einer »soziale[n] Geschlechtlichkeit oder eine[r] abweichende[n] Geschlechtsidentität« und die Kritik an Diskriminierung werden mit der Privatisierung dieser Identität (»im Rahmen ihrer persönlichen Freiheit«, 36) sowie der Betonung und Naturalisierung binärer Geschlechterkategorien als unveränderliche »naturwissenschaftliche Tatsache« erkaufte, auch wenn man »intersexuelle und transsexuelle Menschen besser unterstützen« wolle (36). An einer grundsätzlichen gesellschaftlichen und natürlichen Ordnung wird festgehalten und die queere Identität individualisiert; trans und nichtbinäre Menschen wirken wie eine Kategorie von Sonderfällen.<sup>67</sup> Ihr politischer Zusammenschluss steht insgesamt unter dem Verdacht, ein »identitätspolitisches Politikverständnis, das Gruppeninteressen verabsolutiert und damit zur Fragmentierung unserer Gesellschaft beiträgt«, (37) zu formulieren. Explizit wird sich für eine geschlechtergerechte Sprache, »aber gegen Gender-Zwang« ausgesprochen; begründet wird dies mit dem Vorrang gesamtgesellschaftlicher Verständigung (42).

Auch im CSU-GSP von 2007 werden die gleichgeschlechtliche Ehe und ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare abgelehnt (77); die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften wird im Unterschied zum GSP der CDU aus dem gleichen Jahr nicht explizit verurteilt. 2016 wird die nun legalisierte gleichgeschlechtliche Ehe anerkannt, zugleich aber die heterosexuelle Kleinfamilie als Norm begriffen, »ohne andere Formen der Familie zurückzusetzen« (9). Da sie die gesellschaftliche und bildungspolitische Vermittlung queerer Geschlechtlichkeit als »Gender-Ideologie« und »Frühsexualisierung« explizit ablehnt (10) und die Ehe für alle von der staatlich zu schützenden heterosexuellen Ehe unterscheidet (11), bleibt faktisch eine Ungleichbehandlung bestehen. Im GSP von 2023 zeigt sich eine Verschärfung dieser Rhetorik: Zwar wird die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Ehen und Partnerschaften abgelehnt (22f), zugleich aber »Identitätspolitik, Cancel Culture und Wokeness« als »antiliberalen Ideologien« beschrieben, deren Verfechter\*innen »nach kultureller Hegemonie« strebten und sich durch »zutiefst undemokratische[s] Verhalten« auszeichneten; die sprachliche Benennung geschlechtlicher Vielfalt wird als »Bevormundung« und »Umerziehungsfantasien« abgewehrt (17). Auch der Vorwurf der angeblich Kindeswohlgefährdenden »unangemessenen Frühsexualisierung« und eine Agitation gegen »Gender-Ideologie« finden sich im GSP der CSU wieder (34). Die Wahl eines Familienmodells gilt als individuelle Entscheidung (32).

67 Den Trans-Exklusivismus der Suggestion einer dritten Kategorie hat für das Beispiel Indien Talia Bhatt (2024) herausgearbeitet.

Die öffentliche Sichtbarkeit nichtbinärer und nicht-heterosexueller Menschen ist unerwünscht und wird im Kontext von Forschung und Lehre als »Verengung des wissenschaftlichen Diskurses« (39f) dargestellt. Während die CSU also 2023 im Bereich der Geschlechtergleichstellung auf gesellschaftliche Liberalisierungen eingeht, greift sie zugleich queere Normabweichungen scharf an. Wie im GSP der CDU von 2024 werden Zugeständnisse an Geschlechtergerechtigkeit also auch hier mit dem Preis der Betonung von Geschlechterbinarität und Heteronormativität bezahlt.

Die AfD nutzt in ihrer Agitation gegen LGBTIQA\* eine völkische Argumentationsfolie. Geschlechtergerechte Sprache wird auch in ihrer binären Form als »politisch ›korrekte‹ Sprachvorgaben« abgelehnt (47). Einige AfD-Positionen von 2016 ähneln der 2023 und 2024 von CSU und CDU formulierten Abwehr öffentlich sichtbarer Queerness, sind sprachlich jedoch drastischer. So delegitimiert die AfD »Gender-Forschung« als unseriös und politisch motiviert und fordert die Abschaffung von »Genderprofessuren« (52). Die schulische Auseinandersetzung mit Queerness sowie Gender Mainstreaming zerstörten »das traditionelle Familienbild« (54). Mit der Behauptung, dass angebliche staatliche Umerziehungsprogramme Kinder in ihrer sexuellen Identität verunsicherten (55) und »Kinder in der Schule [...] zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit« würden (54), werden Homosexualität und trans Menschen in eine Nähe zur Pädophilie gerückt und als Kindeswohlgefährdend dargestellt. Diese Behauptungen werden mit Verweis auf angebliche naturwissenschaftliche Erkenntnisse naturalisiert, wodurch Queerness als unnatürliche Abweichung erscheint (55). Dabei scheint eine verschwörungsideologische Agitation durch, die auch der Erzählung eines von inneren Eliten beförderten Bevölkerungstodes und *Großen Austauschs* entspricht.<sup>68</sup> Hier unterscheidet sich die pauschale Abwehr angeblicher staatlicher Umerziehungsmaßnahmen graduell von der jüngst bei CDU und CSU anzutreffenden antiqueeren Rhetorik.

#### 4. Konservativer Feminismus versus extrem rechte Agitation gegen Geschlechtergleichstellung?

Die Positionen der drei Parteien zu LGBTIQA\*, individueller Familienplanung und einer als Norm gesetzten Leitkultur weisen wie gezeigt Überschneidungen und Unterschiede auf. In diesem Kapitel argumentiere ich, dass kulturkämpferische Positionen der AfD ihren Weg in liberalkonservative Grundsatzprogramme gefunden haben. Diese Positionen sind innerhalb gemäßigt konservativen Denkens allerdings durchaus anschlussfähig und

<sup>68</sup> Vgl. Riedmiller 2023.

damit keine rein strategischen Entscheidungen. Zugleich sind die gemäßigt konservativen Parteien bemüht, gesellschaftliche Liberalisierungen aufzunehmen.<sup>69</sup> Nachfolgend werde ich die zwei hervorgetretenen zentralen Sollbruchstellen zwischen gemäßigtem und radikalem Konservatismus darlegen und abschließend das Verhältnis zwischen dieser partiellen ideologischen Radikalisierung und gleichzeitigen Öffnung ausloten.

### *Sollbruchstelle 1: Queere Menschen und Frauenrechte als Bauernopfer*

In den zeitlich auf das der AfD folgenden GSP der Unionsparteien intensiviert sich die antiequeere Agitation. CDU und CSU lösen die Spannung zwischen LGBTIQA\*-Rechten und binärer Gleichstellungspolitik durch die Privatisierung queerer Lebensformen auf. So wird einerseits eine graduelle Akzeptanz normabweichender gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften als Fürsorgegemeinschaften möglich, andererseits ist aber die konsequente Gleichstellung dieser Lebensrealitäten nicht mehr Aufgabe der Politik. Nichtbinäre und trans Menschen werden, obwohl vordergründig toleriert, faktisch durch die Unionsparteien reguliert und kontrolliert, indem Fragen des Adoptionsrechts, der Gesundheitsversorgung und der konkreten Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe aus der politischen Verantwortung ausgeklammert werden. Forderungen nach gesellschaftlicher Inklusion, Aufklärung und einer entsprechenden Bildungspolitik werden als den Zusammenhalt der Gesellschaft bedrohende radikale Forderungen einer von einer natürlichen Norm abweichenden gesellschaftlichen Minderheit verstanden. Letztlich handelt es sich bei der Privatisierung queerer Geschlechtlichkeit also um einen Weg, die heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit aufrechtzuerhalten, die der konservativen Vorstellung zufolge die Gesellschaft strukturiert.

Es kommt innerhalb der Ideologie zu einer semantischen Bedeutungserweiterung von Familie, die mit konservativen Ordnungsvorstellungen gerade dadurch vereinbar wird, dass die ideologisch unhintergehbare *normative Natürlichkeit* durch Privatisierung der Hinterfragung entzogen und Queerness als individuelle Entscheidung vom Konzept der unhintergehbaren Ordnung getrennt wird. Die antiequeere Agitation der AfD dagegen radikalisiert die *normative Natürlichkeit*, da sie aus ihrer kollektivistischen Perspektive auch Privatisierungen als Gefahr betrachtet. Im Gegensatz zur CDU und CSU schließt sie transidente, nichtbinäre und nicht-heterosexuelle Personen daher als das Kollektiv bedrohende Feinde explizit aus. Angesichts eines angeblich drohenden demografischen Niedergangs eines ethnisch deutschen Kollektivs sieht die AfD eine bevölkerungspolitische Notwendigkeit

<sup>69</sup> Die partielle Öffnung in Gleichstellungsfragen bei gleichzeitiger Ablehnung geschlechtlicher Vielfalt ist auch empirisch feststellbar, vgl. Wallascheck, Verbalyte, Eigmüller 2024.

zur Erhöhung der Geburtenrate, weshalb Individualrechte schwangerer Personen ausgeblendet werden. Die Unionsparteien lassen trotz ihrer Kritik an Schwangerschaftsabbrüchen die individuelle Entscheidungsfreiheit in engen Grenzen gelten. Gerade hier besteht das Risiko einer Abkehr von dieser noch sehr jungen Akzeptanz, wenn etwa der Einfluss christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner\*innen auf die Partei weiter zunimmt.<sup>70</sup>

### *Sollbruchstelle 2: Kollektive Schließungsmomente gegenüber dem ›Fremden‹*

Geschlechtsspezifische Politik zielt bei der AfD auf das deutsche Kollektiv, dem – auch dies ein mindestens gradueller Unterschied zu CSU und CDU – Menschen mit Migrationsbiografie, wenn überhaupt, dann nur durch absolute Assimilation angehören können. Deutsche Identität versteht die AfD territorial und ethnisch,<sup>71</sup> wohingegen die Union eine *Leitkultur* betont, der sich zugewanderte Menschen mit entsprechender Anpassungsbereitschaft anschließen können. Die Vorstellung des Kollektivs ist bei der AfD also deutlich geschlossener als bei den Unionsparteien, die mehr Pluralität akzeptieren.<sup>72</sup> Dabei wird jedoch auch bei den beiden Unionsparteien eine Hierarchie deutlich, da Migrant\*innen in der Bringschuld sind und die eigene Kultur als toleranter überhöht wird. Eine Integrationsverantwortung auf Seiten der Gesellschaft, die Reflexion eigener gesellschaftlicher *-ismen* oder die Veränderung gesellschaftlicher Normen stehen nicht zur Debatte. Mit Klaus von Beyme<sup>73</sup> lässt sich hier zwischen Vorstellungen der rassistischen (AfD) und der sittlichen Überlegenheit (CDU/CSU) unterscheiden.

Die Konstruktion des Fremden dient allen drei Parteien als Abgrenzungs- und Aufwertungsmöglichkeit bezüglich der eigenen Geschlechtervorstellung. CDU und CSU mobilisieren dabei eine aufklärerische Tradition gegen vermeintliche Parallelgesellschaften, wobei der Islam als Gefährdung liberaler Gleichstellung gilt. Keine andere Religion erhält ein eigenes Kapitel in den GSP und zugleich haben beide Parteien entschieden, eine Kritik an Geschlechtergewalt ausgerechnet in den Passagen unterzubringen, in denen es um die Gefahr eines radikalen Islam geht. Da in den GSP beider Parteien aber keine generelle Auseinandersetzung mit patriarchaler Gewalt und nötiger Prävention stattfindet, stellt sich die Frage, inwiefern es bei jener Kritik wirklich um die Sache geht. Obgleich die gemeinschaftliche Schließung auf

70 Vgl. zur Zweischneidigkeit der Christdemokratie Wolkenstein 2022.

71 Vgl. AfD 2016, S. 26, 65.

72 Tatsächlich findet sich im Programm der CSU von 2007 (S. 98) der Begriff der »Schicksalsgemeinschaft«, der konträr zu einer offenen Gesellschaft ist, entzieht sich das Schicksalhaftere doch der bewussten Entscheidung. In den neueren Programmen findet sich der Begriff nicht mehr.

73 Vgl. 2013: 100.

Basis ethnischer Zugehörigkeit bei CDU, CSU und AfD unterschiedlich stark ausgeprägt ist, teilen alle drei Parteien also gerade in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und Unterdrückung die Gegnerschaft zu einem nicht assimilierten ›Fremden‹, die bei der AfD zur offenen Feindschaft wird. Auch hier besteht für die Unionsparteien aber bei zunehmender rhetorischer Radikalisierung das Risiko einer auch inhaltlichen Radikalisierung und Annäherung an die AfD.<sup>74</sup>

### *Konservativ-feministische Öffnung versus normativ-natürliche Schließung?*

Die Gleichstellungsbestrebungen von CDU und CSU, die Verwendung binär geschlechtergerechter Sprache und die Verbindung von Geschlechtergerechtigkeit mit Leitkultur und Tradition lassen sich einem binärgeschlechtlich ausgerichteten und an einem überindividuellen Bezugsrahmen orientierten konservativen Feminismus zuordnen, der sich auf die Familie zentriert und zwar individuelle Freiheiten anerkennen möchte, sich konzeptionell aber nicht von der als natürlich dargestellten Geschlechterbinarität und damit verbundenen Ungleichheit lösen kann. Auch im radikalen Konservatismus der AfD sind Normabweichungen möglich, wie die nicht nur strategische Fokussierung auf weibliche Führungsfiguren wie Alice Weidel verdeutlicht. Diese sind aber im Unterschied zum konservativen Feminismus von CDU und CSU nicht individualrechtlich orientiert, sondern dienen dem übergeordneten Kollektivwohl. Da insbesondere Frauen und queere Personen die extrem rechten Vorstellungen von Normalität herausfordern, ist ihre Stellung prekär; der Ausschluss aus dem Kollektiv kann bei ideologischer Abweichung oder Fehlverhalten jederzeit erfolgen.<sup>75</sup>

Die Unionsparteien versuchen in den aktuellen GSP, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits werden gesellschaftliche Gleichstellungsbestrebungen affirmiert und queere Lebensrealitäten vermehrt anerkannt. Andererseits verschärft sich die Rhetorik gegen öffentlich sichtbare Queerness und die Einforderung von Gleichberechtigung und individueller Freiheit. Mit Freedens durch Biebricher erweiterten morphologischen Ansatz lassen sich seit 2007 semantische Verschiebungen innerhalb der Unionsprogramme erkennen, durch die konservative Kernkonzepte bearbeitet und aktualisiert werden: Die anfangs benannte grundlegende Skepsis gegenüber Veränderungen zeigt sich in der verhaltenen Anerkennung queerer Lebensrealitäten. Die Unterscheidung zwischen natürlichem und künstlichem Wandel klingt durch, wo eine durch Bildung und Forschung vorangetriebene öffentliche

74 In der Forschung wird dies als Femonationalismus bezeichnet, vgl. Farris 2017. Zur kritischen Einordnung des Konzepts vgl. Riedmiller 2023, S. 90ff.

75 Vgl. Degen 2024.

Thematisierung queerer Lebensrealitäten als Bevormundung gilt. Dabei sind die Ablehnung einer angeblichen Gender-Ideologie und die Betonung einer natürlichen Zweigeschlechtlichkeit – mithin die benannte *normative Natürlichkeit* – eine Möglichkeit, gleichstellungspolitische Themen begrenzt aufzunehmen und zugleich eine grundsätzlich konservative Vorstellung einer natürlichen Ordnung zu verteidigen. Diese *normative Natürlichkeit* ist eng mit der zentralen Rolle der heterosexuellen Familie verbunden, die CDU und CSU als Keimzelle der Gesellschaft gilt und individuelle Freiheiten mit gesamtgesellschaftlicher und mehrgenerationaler Verantwortung verbindet: Indem binäre Homosexualität, so sie als Familie und/oder Ehe auftritt, Anerkennung findet, kann die überindividuelle und überzeitliche Ordnung gewahrt werden, da das Modell von Ehe und Familie selbst nicht angegriffen wird. Im völkischen Denken der AfD tritt die ebenfalls zentrierte heterosexuelle Kleinfamilie als Keimzelle des Kollektivs hinter diesem zurück und muss sich an bevölkerungspolitischen Anforderungen ausrichten.

## 5. Fazit: Die Verantwortung gemäßigt konservativer Parteien

Thomas Biebricher<sup>76</sup> warnte schon 2018 vor einem Kollabieren des gemäßigten Konservatismus in den Rechtspopulismus und einer möglichen politischen Kooperation mit der AfD. Seitdem hat sich nicht nur die AfD weiter radikalisiert, sondern auch in den jüngsten GSP der Unionsparteien zeigt sich eine zunehmende Polemik. Die Union ist vor allem auf Regierung und Machterhalt orientiert, was eine gewisse inhaltliche Flexibilität hinsichtlich möglicher Koalitionen bedeutet.<sup>77</sup> Aus Perspektive einer radikalkonservativen Fundamentalopposition, die auch die AfD für sich beansprucht, wird genau diese Flexibilität problematisiert und das Beharren auf als wertkonservativ verstandenen Positionen eingefordert. Hier besteht das Risiko, dass konservativ-ideologische Sollbruchstellen zum Zünglein an der Waage werden.

Konservative Geschlechterpolitik basiert, wie sich gezeigt hat, auf dem Festhalten an Zweigeschlechtlichkeit als einer grundlegenden Ordnungsstruktur der Gesellschaft, die als naturgegebene weder hinterfragt noch verändert werden soll. Während aber CDU und CSU Veränderungen über den Umweg ihrer Privatisierung tolerieren, werden sie im Denken der AfD als Feindbilder markiert.<sup>78</sup> Zwar strebt konservative Politik an, den Zusam-

<sup>76</sup> Vgl. Biebricher 2022, S. 10.

<sup>77</sup> Vgl. Höhne 2020, S. 163f.

<sup>78</sup> Die Trennung von Staat und Gesellschaft ist bereits im frühen rationalistischen Konservatismus vorhanden – auch wenn sich je nach Konservatismusverständnis hinterfragen lässt, ob diese Trennung mit Konservatismus zu vereinen ist, vgl. Beyme 2013, S. 123.

menhalt der Gesellschaft zu befördern und vor zu viel Liberalisierung und Individualisierung zu bewahren.<sup>79</sup> Die Verschiebung von Normabweichungen ins Private ermöglicht aber einen Mittelweg zwischen vollständiger Anerkennung und Gleichberechtigung einerseits und völkischem Ausschluss andererseits. Zugleich zeigt sich am Beispiel der binären Geschlechtergerechtigkeit, die beide Unionsparteien sprachlich bereits als Ziel ihrer Politik übernommen haben, sowie an der graduellen Anerkennung homosexueller Familien als fürsorgende Gemeinschaften, dass inhaltliche Öffnungen durchaus möglich sind. Zudem werden binäre Geschlechtervorstellungen auch aus naturwissenschaftlicher Perspektive zunehmend als zu verkürzt wahrgenommen. Es wäre also auch aus konservativer Perspektive selbst mit Bezug auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse möglich und geboten, trans, intergeschlechtliche und nichtbinäre Geschlechtlichkeit konzeptionell weiter zu durchdenken und in eine konservative Vorstellung von Gesellschaft einzubeziehen.

Die Heterogenität rechter Geschlechterpolitiken und damit die Möglichkeit, auf ihrem Feld, qualitative Abstufungen der »Radikalität« konservativer Positionen zu treffen, zeigt sich also daran, wie stark an der Zweigeschlechtlichkeit als natürlicher Ordnung festgehalten wird. In einer autoritären extremen Rechten und im radikalen Konservatismus ist selbst eine vorsichtige Liberalisierung der Geschlechterpolitik nicht vorgesehen. Hier muss das Individuum aufgrund der Verbindung von Rassismus, Misygynie und Antiliberalismus hinter dem Kollektiv zurückstehen. Geschlechter- und Familienpolitik ist auf das Wohl des völkischen Kollektivs ausgerichtet. Gemäßigter Konservatismus dagegen anerkennt und verteidigt Individualrechte.

Hier nun sind CDU und CSU herausgefordert, ihr eigenes Selbstverständnis zu klären und einer autoritären Versuchung gerade nicht nachzugeben, wollen sie sich nicht in die Historie konservativ-bürgerlicher Parteien einreihen, die antidemokratischen Kräften das Tor aufstoßen: Der ideengeschichtliche Einfluss des Liberalismus auf CDU und CSU kann das radikale Potential einhegen und das mit der Normalisierung und Naturalisierung einhergehende Risiko der gesellschaftlichen Schließung, Sanktionierung und Hierarchisierung relativieren.<sup>80</sup> Dass eine sich auch als wertkonservativ bezeichnende Partei sich mittlerweile überhaupt explizit mit Queerness befasst und diese in Grenzen anerkennt, kann daher durchaus als gleich-

79 Vgl. Ebd.

80 Zwar lässt sich eine bürgerlich-konservative Position von einer libertär-individualistischen, sozialdarwinistischen und leistungsorientierten Ausprägung extrem rechten Denkens unterscheiden (vgl. Roepert 2022, Schnetker 2019, 2024), zunehmend libertäre Spielarten eines radikalisierten Neoliberalismus lassen sich aber auch in der gegenwärtigen CDU erkennen (vgl. Biebricher 2023).

stellungspolitischer Erfolg gewertet werden. Doch ist zunehmend die Rede davon, eine überindividuelle Ordnung gegen Personen verteidigen zu müssen, die von der Norm abweichen und damit als Störenfriede gelten, sowie das ›Kollektiv‹ gegenüber ›Fremdem‹ abgrenzen zu müssen. So nähern sich die Unionsparteien in den neueren Programmen rhetorisch aber der AfD an. Die Union wird sich kritisch daran messen lassen müssen, inwiefern sie sich hinsichtlich ihrer Positionen zu LGBTIQ\*, Gleichstellung und Geschlechtervielfalt weiter auf autoritäre Positionen zubewegt oder auf den breiten Fundus christdemokratischer, konservativer und liberaler Einflüsse ihrer Ausrichtung zurückgreift, um ihre Vorstellung von geschlechtlicher Vielfalt zu erweitern. Allein: Das gegenwärtige Handeln der Union, das von einer Verdrängung queerer Realitäten aus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und der Übernahme von AfD-Positionen geprägt ist, gibt wenig Anlass zur Hoffnung.

## Literatur

- Adler-Bartels, Tobias 2018. »Die Schattenseiten des Amerikanischen Konservatismus: Corey Robin Und George Hawley. Fragen nach dem radikalen Potenzial einer ehrwürdigen politischen Tradition«, in *Soziopolis*.
- Adler-Bartels, Tobias 2023. »Radical Conservatism and the Liberal Question. Hermann Wagener and Paul de Lagarde as Promoters of the Radicalization of 19th Century German Conservatism«, in *Comparative Political Theory*, 3, S. 189–213.
- Adler-Bartels, Tobias 2025. »Ideologische Konflikte und historische Konstellationen- Forschungsperspektiven auf den Konservatismus«, in *Politische Vierteljahresschrift*, 66, 2, S. 445–67.
- AfD 2016. *Programm Für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative Für Deutschland*. Stuttgart.
- Beyme, Klaus von 2013. *Konservatismus: Theorien des Konservatismus und Rechtsextremismus im Zeitalter der Ideologien 1789 – 1945*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bhatt, Talia 2024. »The Third Sex«. *Trans/Rad/Fem*. <https://taliabhattwrites.substack.com/p/the-third-sex>, Zugriff vom 03.07.2025.
- Biebricher, Thomas 2020. »The Normative Order of Conservatism«, in: *Navigating Normative Orders: Interdisciplinary Perspectives*, hrsg. v. Kettemann, Matthias, S. 147–161, Frankfurt: Campus Verlag.
- Biebricher, Thomas 2022. *Geistig-moralische Wende: die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Biebricher, Thomas 2023a. »Die AfD der CDU«, *Verfassungsblog*, <https://verfassungsblog.de/die-afd-der-cdu/>, Zugriff vom 14.07.2025.
- Biebricher, Thomas 2023b. *Mitte/Rechts: die internationale Krise des Konservatismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Birsl, Ursula 2011 (Hrsg.). *Rechtsextremismus und Gender*. Opladen: Barbara Budrich.
- Bitzan, Renate 1997 (Hrsg.). *Rechte Frauen: Skingirls, Walküren und feine Damen*. Berlin: Elefanten Press.
- Bitzan, Renate 2016. »Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten«, in *Handbuch Rechtsextremismus*, hrsg. v. Virchow, Fabian; Langebach, Martin; Häusler, Alexander, S. 325–373. Wiesbaden: Springer VS.
- Bobbio, Norberto 1994. *Rechts und Links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach.
- Breuer, Stefan 2021. *Ausgänge des Konservatismus in Deutschland*. Darmstadt: wbg.

- Bruns, Julian; Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha 2018. *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*. Münster: Unrast.
- CDU 2007. *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland*. Hannover.
- CDU 2024. *In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen*. Berlin.
- Claus, Robert 2020 (Hrsg.). *Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert*. Bonn: Bpb.
- Claus, Robert; Lehnert, Esther; Müller, Yves 2011 (Hrsg.). *»Was ein rechter Mann ist ...«: Männlichkeiten im Rechtsextremismus*. Berlin: Karl Dietz.
- CSU 2007. *Chancen für Alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten*. München.
- CSU 2016. *Die Ordnung. Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union*. München.
- CSU 2023. *Für ein neues Miteinander. Das Grundsatzprogramm der CSU*. München.
- Degen, Katrin 2024. *Flexible Normalität: Über die fragile Zugehörigkeit von cis Frauen und LSBTI-Personen zur extremen Rechten*. Bielefeld: transcript.
- Farris, Sara 2017. *In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism*, Durham: Duke University Press.
- Finkbeiner, Florian 2020. *Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung: Zum Wandel des Konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung*. Bielefeld: transcript.
- Freedon, Michael 2006 [1996]. *Ideologies and Political Theory: A Conceptual Approach*. Oxford: Clarendon Press.
- Freedon, Michael 2003. *Ideology. A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Goetz, Judith 2018. »Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt ...« Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der »Identitären«, in *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«*, hrsg. v. Goetz, Judith; Sedlacec, Joseph M.; Winkler, Alexander. 2. Auflage, S. 253–283. Hamburg: Marta Press.
- Gravenhorst, Lerke 1985. »Konservative Tendenzen in der Frauenbewegung (II)«, in *Neue soziale Bewegungen. Konservativer Aufbruch im bunten Gewand?* hrsg. v. Schäfer, Wolf, S. 80–85. Frankfurt (Main): Fischer.
- Greiffenhagen, Martin 1977. *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, München: Piper.
- Grimm, Marc 2018. *Rechtsextremismus – Zur Genese und Durchsetzung eines Konzepts*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Hark, Sabine; Villa, Paula-Irene 2015 (Hrsg.). *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript.
- Havertz, Ralf 2021. *Radical Right Populism in Germany: AfD, Pegida, and the Identitarian Movement*. London/New York: Routledge.
- Heinsohn, Kirsten 2010. »Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive«, in: *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus u. der politischen Parteien*, Bd. 155. Düsseldorf: Droste Verlag.
- Höhne, Benjamin 2023. »Die Männerpartei: distinktiver Organisationstypus nur für Rechtsaußenparteien?«, in *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 17, 2, S. 107–132.
- Höhne, Benjamin 2020. »Grenzen des Demokratielabors. Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland?«, in *GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 69,2, S. 157–168.
- Holtz-Bacha, Christina; König-Reiling, Nina 2007 (Hrsg.). *Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Holz, Petra 2004. *Zwischen Tradition und Emanzipation: CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1946 bis 1960*. Königstein: U. Helmer.
- Ickes, Andreas 2008. *Parteiprogramme: Sprachliche Gestalt und Textgebrauch*. Marburg: Büchner-Verlag.
- Illemann, Regina 2016. *Katholische Frauenbewegung in Deutschland 1945–1962: Politik, Geschlecht und Religiosität im Katholischen Deutschen Frauenbund*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.

- Kahlweit, Cathrin 1994. *Damenwahl: Politikerinnen in Deutschland*, München: C.H. Beck.
- Kemper, Claudia 2011. *Das ›Gewissen‹ 1919–1925. Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen*. München: Oldenbourg Verlag.
- Klingemann, Hans-Dieter; Volkens, Andrea 2001. »Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1998«, in *Parteiendemokratie in Deutschland*. 2. Aufl., hrsg. v. Gabriel, Oscar et al., S. 507–527. Bonn: Westdeutscher Verlag.
- Krey, Johanna; Bargetz, Brigitte 2024. »be a Rebel. Fall in Love. Get Married. You deserve It«. Zum Versprechen auf Glück und Rebellion in der rechtskonservativen Mobilisierung von Frauen«, in *Femina Politica – Zeitschrift Für Feministische Politikwissenschaft*, 33, 1, S. 81–91.
- Kürschner, Isabelle 2009. *Den Männern überlassen wir's nicht! Erfolgreiche Frauen in der CSU*. Baden-Baden: Nomos.
- Lenk, Kurt 1994. *Rechts, wo die Mitte ist: Studien zur Ideologie. Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*. Baden-Baden: Nomos.
- Lenz, Ilse 2018. »Was ist Feminismus? | Gunda-Werner-Institut | Heinrich-Böll-Stiftung«, <https://www.gwi-boell.de/de/2018/05/25/was-ist-feminismus>, Zugriff vom 13.07.2025.
- Lenz, Ilse 2019. »Feminismus: Denkweisen, Differenzen, Debatten«, in *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*, hrsg. v. Kortendiek, Beate; Riegraf, Birgit; Sabisch-Fechtelpeper, Katja, S. 231–241. Wiesbaden: Springer VS.
- Lower, Wendy 2014. *Hitlers Helferinnen: deutsche Frauen im Holocaust*. Bonn: Bpb.
- LTO 2025. »Was folgt aus der Einstufung als ›gesichert rechtsextremistisch‹?«, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/afd-einstufung-rechtsextremistisch-bfv-verfassungsschutz>, Zugriff vom 14.07.2025.
- Mangold, Anna Katharina 2018. »Stationen der Ehe für alle in Deutschland«, <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/homosexualitaet/274019/stationen-der-ehe-fuer-alle-in-deutschland/>, Zugriff vom 30.06.2025.
- Mannheim, Karl 1984. *Konservatismus: Ein Beitrag Zur Soziologie Des Wissens*, hrsg. v. Kettler, David; Meja, Volker; Stehr, Nico. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Meiritz, Annett; Schäuble, Juliane 2023. *Guns n' Rosé: konservative Frauen erobern die USA*, Bonn. Bpb.
- Meyer, Birgit 1997. *Frauen im Männerbund: Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute*. Frankfurt/New York: Campus.
- Morgenstern, Christine 2022. *Gleichstellung: Impulse aus der Frauenbewegung und Erfahrungen aus einem Vierteljahrhundert Frauenpolitik*. Hamburg: VSA.
- Müller, Johann B. 2007. *Konservatismus: Konturen einer Ordnungsvorstellung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Mushaben, Joyce M. 2018. »The Reluctant Feminist: Angela Merkel and the Modernization of Gender Politics in Germany«, in *Femina Politica – Zeitschrift Für Feministische Politikwissenschaft*, 27, 2, S. 83–95.
- Önnerfors, Andreas J.; Krouwel, André 2021 (Hrsg.). *Europe, Continent of Conspiracies: Conspiracy Theories in and about Europe*. London/New York: Routledge.
- Osterland, Astrid 1985. »Konservative Tendenzen in der Frauenbewegung (I)«, in *Neue soziale Bewegungen. Konservativer Aufbruch im bunten Gewand?*, hrsg. v. Schäfer, Wolf, S. 72–79. Frankfurt (Main): Fischer.
- Pangritz, Johanna M. 2024. »Reproduktive Rechte in Italien: Tamponsteuer und Abtreibungsrecht als Zeichen für Melonis ambivalente Geschlechterpolitik?«, in *Femina Politica – Zeitschrift Für Feministische Politikwissenschaft*, 33,1, S. 127–131.
- Pankakoski, Timo 2022. »What is conservative and revolutionary about the ›Conservative Revolution‹? Argument-Level Evidence from Three Thinkers«, in *Frontiers in Political Science*, 4. DOI: 10.3389/fpos.2022.959411
- Pateman, Carole 1988. *The Sexual Contract*. Stanford: Stanford University Press.
- Paxton, Robert O. 2005. *The Anatomy of Fascism*. London: Penguin.
- Riedmiller, Laila 2023. *Geschlechterkonzeptionen im extrem rechten Verschwörungsdenken: Potentiale und Grenzen einer geschlechtsspezifischen Analyse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Robin, Corey 2018. *Der reaktionäre Geist: von den Anfängen bis Donald Trump*. Berlin: Ch. Links Verlag.

- Roepert, Leo 2022. *Die konformistische Revolte: Zur Mythologie des Rechtspopulismus*. Bielefeld: transcript.
- Rosenberger, Sieglinde 1996. *Geschlechter – Gleichheiten – Differenzen: eine Denk- und Politikbeziehung*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Salzborn, Samuel 2020. *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Bonn: Bpb.
- Salzborn, Samuel 2017. *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Sauer, Birgit 2017. »Gesellschaftstheoretische Überlegungen Zum Europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial Der Kategorie Geschlecht«, in *Politische Vierteljahresschrift*, 58, 1, S. 1–20.
- Sauer, Birgit 2020. »Radikaler Rechtspopulismus als männliche Identitätspolitik«, in *Arbeiterbewegung von Rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – Populistische Revolte*, hrsg. v. Becker, Karina; Dörre, Klaus; Reif-Spirek, Peter, S. 313–323. Bonn: Bpb.
- Schaible, Jonas 2025. »Friedrich Merz und sein Männerklub: Frauen spielen eine Nebenrolle«, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-und-sein-maennerklub-frauen-spielen-eine-nebenrolle-a-a5b89d66-c8e7-421b-a8d1-9426b0828357>, Zugriff vom 29.06.2025.
- Schilk, Felix 2024. *Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten: Zur politischen Soziologie konservativer Krisennarrative*. Bielefeld: transcript.
- Schnetker, Max F. J. 2024. »Longtermismus – Der »Geist« Des Digitalen Kapitalismus«, <https://media.ccc.de/v/38c3-longtermismus-der-geist-des-digitalen-kapitalismus>, Zugriff vom 15.06.2025.
- Schnetker, Max F.J. 2019. *Transhumanistische Mythologie: rechte Utopien einer technologischen Erlösung durch künstliche Intelligenz*. Münster: Unrast.
- Schöck-Quinteros, Eva; Streubel, Christiane 2007. »Ihrem Volk verantwortlich: Frauen der politischen Rechten (1890–1933) Organisation – Agitationen – Ideologien. Berlin: trafo.
- Schöler, Bärbel 1994. *Die Fremdheit der Politik: Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Sircar, Ruby 2021. »Röcke übers Knie, Häubchen ins Haar. Zur Bauchlandung des rechten Feminismus«, in *Rechte Angriffe – toxische Effekte: Umformierungen extrem Rechter in Mode, Feminismus und Popkultur*, hrsg. v. Gaugele, Elke; Held, Sarah, S. 159–175. Bielefeld: transcript.
- Steber, Martina 2017. »Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980«, in *Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London*, Bd. 78. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Streubel, Christiane 2006. *Radikale Nationalistinnen: Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik*. Frankfurt/New York: Campus.
- Strobl, Natascha 2021. *Radikalisierter Konservatismus: Eine Analyse*. Berlin: Suhrkamp.
- Süssmuth, Rita 2025. »Gleichberechtigung in der Politik – eine überfällige Notwendigkeit«, in *Zu anders für die Macht? Wie mutige Frauen für Gleichberechtigung in der Politik kämpfen*, hrsg. v. Falaknaz, Tannaz; Lohaus, Stefanie; Weidhofer, Cécile, S. 231–240. München: Herder.
- Tändler, Maik 2025. »Armin Mohler und die intellektuelle Rechte in der Bonner Republik«, in *Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Bd. 31. Göttingen: Wallstein Verlag.
- tagesschau 2025. »Verfassungsschutz setzt AfD-Einstufung als rechtsextremistisch vorerst aus«, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verfassungsschutz-rechtsextrem-100.html>, Zugriff vom 14.07.2025.
- Vinken, Barbara 2001. *Die deutsche Mutter: der lange Schatten eines Mythos*. München: Piper.
- Virchow, Fabian; Langebach, Martin; Häusler, Alexander 2016 (Hrsg.). *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Von Wahl, Angelika; Abels, Gabriele 2019. »Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin – Ein gleichstellungspolitischer Erfolg? Zwei Positionen«, in *Femina Politica – Zeitschrift Für Feministische Politikwissenschaft*, 28,2, S. 154–159.

- Wallascheck, Stefan; Verbalyte, Monika; Eig Müller, Monika (2024). »Progressiv oder regressiv? Parteipositionen zur Geschlechterpolitik in Deutschland«, in *DVPW Blog*, <https://www.dvpw.de/blog/progressiv-oder-regressiv-parteipositionen-zur-geschlechterpolitik-in-deutschland-ein-beitrag-von-stefan-wallascheck-monika-verbalyte-und-monika-eigmueller>, Zugriff vom 23.10.2025.
- Wiliarty, Sarah E. 2010. *The CDU and the Politics of Gender in Germany: Bringing Women to the Party*. New York: Cambridge University Press.
- Wolkenstein, Fabio 2022. *Die dunkle Seite der Christdemokratie: Geschichte einer autoritären Versuchung*. München: C.H Beck.
- Wolkenstein, Fabio 2025. Was ist konservativ an der Christdemokratie? in: *Leviathan*, 53 (3), S. 295–320.
- ZEIT 2025a. »Christopher Street Day in Berlin: Julia Klöckner verteidigt Entscheidung zu Regenbogenflagge«, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-06/julia-kloeckner-bundestag-csd-regenbogenflagge>, Zugriff vom 14.07.2025.
- ZEIT 2025b. »Christopher Street Day: Merz verteidigt Klöckners Nein zur Regenbogenfahne auf dem Bundestag«, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-07/kanzler-friedrich-merz-entscheidung-csd-julia-kloeckner-bundestag-regenbogenflagge>, Zugriff vom 14.07.2025.

**Zusammenfassung:** Die Heterogenität des Konservatismus fordert die ideengeschichtliche Forschung heraus. In diesem Aufsatz wird die Radikalität der Positionen von AfD und Unionsparteien unter Bezugnahme auf den Ideologieforscher Michael Freeden anhand ihrer Geschlechterpolitik ausdifferenziert, da sich gerade hier Überschneidungen und Unterschiede zwischen radikalen und gemäßigten Konservatismen zeigen lassen.

**Schlagwörter:** Konservatismus, Alternative für Deutschland, Unionsparteien, Geschlechterforschung, extreme Rechte

## **The Grey Zone of Conservatism. Gender-related Alliances and Demarcation Strategies of Moderate and Radical Party-based Conservatism in Germany**

**Summary:** The heterogeneity of conservatism poses a scientific challenge. In this essay, the radical nature of the positions taken by the AfD and the Union parties is examined in detail with reference to the work of ideology researcher Michael Freeden, focusing on their gender policies, as this is an area where overlaps and differences between radical and moderate conservatisms are particularly evident.

**Keywords:** conservatism, Gender Studies, Far Right, Germany

### **Autorenangaben:**

Laila Riedmiller, M.A.  
Institut für Politische Wissenschaft  
FAU Erlangen-Nürnberg  
Kochstr. 4, 91054 Erlangen  
laila.riedmiller@fau.de



© Laila Noëmi Riedmiller